

Rheingauer Bote.



Rüdesheimer Zeitung.

Organ für Rüdesheim u. Umgegend.

Gegründet 1877.

42. Jahrgang.

Nr. 137

Erscheint wöchentlich dreimal (Montag, Mittwoch, Freitag). Bezugspreis vierteljährlich M. 1.70 ohne und M. 2.00 mit Illustr. Sonntagsblatt. Auswärts mit betr. Postzuschlag. Telefon Nr. 295.

Rüdesheim a. Rh.
Freitag, den 22. November

Anzeigenpreis: die einspaltige Petitzeile 12 Pfg., für auswärts 20 Pfg., Reklamenzeile 50 Pfg.; bei mehrmaliger Aufnahme entsprechender Rabatt. Druck und Verlag von A. Reier in Rüdesheim.

1918.

Zweites Blatt.

Aufruf!

Bauern und Landbewohner! Ländliche Arbeiter und Handwerker! Als Vertretung der Bauern, Sanowwerker, gewerblichen Arbeiter und der ganzen werktätigen Landbevölkerung Nassaus hat sich heute der provisorische Nassauische Landes-Bauernrat gebildet. Dieser wird gemäß Erlaß der preussischen Landesregierung vom 14. November 1918 gemeinschaftlich mit dem Arbeiter- und Soldatenrat als Kontrollinstanz zu den Verwaltungsbehörden hinzutreten. Die endgültige Wahl des Nass. Landes-Bauernrats wird demnächst durch die Kreis-Bauernräte erfolgen. Der Nass. Landes-Bauernrat soll alle Kräfte der nassauischen Landbevölkerung zur gemeinsamen Mitarbeit an der Neuordnung zusammenfassen. Darum: Wählt in den Gemeinden, in denen dies noch nicht geschehen ist, sofort Bauernräte, oder, je nach den örtlichen Verhältnissen gemeinsame Bauern- und Arbeiterräte! Wahlberechtigt ist jedes werktätige Gemeindemitglied über 20 Jahre beiderlei Geschlechts, auch die mitarbeitenden Familienangehörigen (Frauen, Söhne und Töchter), sowie die Arbeitnehmer (Dienstboten, gewerbliche Geisellen und Gehilfen). Die örtlichen Bauernräte bilden sofort einen Kreis-Bauernrat. Die Kreis-Bauernräte wählen alsbald je einen Vertreter sowie einen Stellvertreter für den Nassauischen Landes-Bauernrat. Landbewohner! Wir alle sind heute mehr als je verpflichtet, an den öffentlichen Angelegenheiten teilzunehmen und an der Neuordnung mitzuwirken. Not, Elend und Zusammenbruch sind sonst die unausweichlichen Folgen. Wiesbaden, den 16. November 1918. Der provisorische Nassauische Landes-Bauernrat: Hartmann-Lübcke (Frankfurt a. M.), Eifel II. (Montabaur), Eisinger (Naustadt), Ettlingshausen (Dattenheim), Jeger (Hallenstein), Gottschalk (Brünhof), Dahmann (Niederweissen), Drupp (Seelbach), Kallheer (Mühlheim), Kraft (Wiesbaden), Lieber (Wiesbaden), Müller (Wiesbaden), Runk (Schneppenhausen), Nolden (Frankfurt a. M.), Petitjean (Wiesbaden), Rißel (Bierstadt), Vollmer (Biebrich), Wirth (Eschbach). Der Nassauische Landes-Bauernrat hat folgende Personen als Geschäftsführenden Ausschuss bestellt: Kraft, Eisinger, Dorn, Lieber, Beres.

Politische Rundschau.

Der Reichstagsentwurf

Berlin, 18. Nov. Das Ministerium der öffentlichen Arbeiten teilt mit: 1. In den Haupt- und Nebenwerkstätten sowie den übrigen fabrikmäßigen Betrieben der Staatseisenbahnverwaltung, ferner für jede der fabrikmäßigen ähnlichen ununterbrochene Tätigkeit in den Staatseisenbahnbetrieben wird sofort die achtstündige Arbeitszeit eingeführt. 2. In allen Dienststellen der Staatseisenbahnverwaltung ist die tägliche Dienstdauer für Beamte und Arbeiter um eine Stunde, jedoch nicht unter acht Stunden zu kürzen, sobald die Anforderungen des Dienstes dies irgend zulassen. Der anzustrebende Zustand ist auch hier, daß die reine Arbeitszeit jedes Bediensteten nur acht Stunden beträgt. 3. Mit der Einführung der achtstündigen Arbeitszeit soll keine Schwächung des Arbeitsverdienstes verbunden sein.

W. L. B. Berlin, 16. Nov. (Amtlich.) Die großen Arbeitgeberverbände vereinbaren mit den Gewerkschaften der Arbeitnehmer das Folgende: 1. Die Gewerkschaften werden als berufene Vertretung der Arbeiterschaft anerkannt.

2. Eine Beschränkung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter und Arbeiterinnen ist unzulässig.

3. Die Arbeitgeber und Arbeitgeberverbände werden die Werkvereine (die sogen. wirtschaftlichen Vereine) fortan vollkommen sich selbst

überlassen und sie weder mittelbar noch unmittelbar unterstützen.

4. Sämtliche aus dem Heeresdienst zurückkehrenden Arbeitnehmer haben Anspruch darauf, in die Arbeitsstelle sofort nach Meldung wieder einzutreten, die sie vor dem Kriege inne hatten. Die beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände werden dahin wirken, daß durch Beschaffung von Rohstoffen und Arbeitsaufträgen diese Verpflichtung in vollem Umfange durchgeführt werden kann.

5. Gemeinliche Regelung und paritätische Verwaltung des Arbeitsnachweises.

6. Die Arbeitsbedingungen für alle Arbeiter und Arbeiterinnen sind entsprechend den Verhältnissen des betreffenden Gewerbes durch Kollektivvereinbarungen mit den Berufsvereinigungen der Arbeitnehmer festzusetzen. Die Verhandlungen hierüber sind ohne Verzug aufzunehmen und schleunigst zum Abschluß zu bringen.

7. Für jeden Betrieb mit einer Arbeiterschaft von mindestens fünfzig Beschäftigten ist ein Arbeiterausschuß einzusetzen, der diese zu vertreten und in Gemeinschaft mit dem Betriebsunternehmer darüber zu wachen hat, daß die Verhältnisse des Betriebes nach Maßgabe der Kollektivvereinbarungen geregelt werden.

8. In den Kollektivvereinbarungen sind Schlichtungsausschüsse bzw. Einigungsämter vorzusehen, bestehend aus der gleichen Anzahl von Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern.

9. Das Höchstmäß der täglichen regelmäßigen Arbeitszeit wird für alle Betriebe auf 8 Stunden festgesetzt. Verdienstschnäbelungen aus Anlaß dieser Verkürzung der Arbeitszeit dürfen nicht stattfinden.

10. Zur Durchführung dieser Vereinbarungen, sowie zur Regelung der zur Demobilisierung, zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens, und zur Sicherung der Existenzmöglichkeit der Arbeitnehmerschaft, insbesondere der schwer kriegsbeschädigten, zu treffenden weiteren Maßnahmen wird von den beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen ein Zentralausschuß auf paritätischer Grundlage mit beruflich gegliedertem Unterbau errichtet.

11. Dem Zentralausschuß obliegt ferner die Entscheidung grundsätzlicher Fragen, soweit sich solche namentlich bei der kollektiven Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ergeben, sowie die Schlichtung von Streitigkeiten, die mehr re Berufsgruppen zugleich betreffen. Seine Entscheidungen haben für Arbeiter und Arbeitnehmer verbindliche Geltung, wenn sie nicht innerhalb einer Woche von einem der in Frage kommenden beiderseitigen Berufsverbände angefochten werden.

12. Diese Vereinbarungen treten am Tage der Unterzeichnung in Kraft und gelten vorbehaltlich anderweiter gesetzlicher Regelung bis auf weiteres mit einer gegenseitigen dreimonatigen Kündigung.

Diese Vereinbarung soll sinngemäß auch für das Verhältnis zwischen den Arbeitgeberverbänden und den Angestelltenverbänden gelten.

Die Berliner A.- und S.-Räte.

Berlin, 19. Nov. Der Vollzugsausschuß der Arbeiterräte von Groß-Berlin hatte für gestern eine Versammlung aller Berliner Arbeiter nach dem Zirkus Busch einberufen. Der Versammlung kommt große Bedeutung zu, weil sie die Kompetenzen des Vollzugsausschusses einerseits und die des Regierungskabinetts andererseits abgrenzen soll. Den Vorsitz in der vollzähligen Versammlung führte Mollenhuth, ein Sohn des bekannten sozialdemokratischen Parlamentariers. Er gab das Wort dem zweiten Vorsitzenden des Ausschusses, Richard Müller, der zunächst einen fast einstündigen Bericht erstattete über das, was die bisherige Regierung unter der Leitung von Ebert und Daase geleistet hat und was noch zu tun ist. Die Zeiten, so sagte er, die hinter uns liegen, sind schwer, die Zeiten, die kommen werden, vielleicht noch schwerer. Fürchtbar sei die Verantwortung derjenigen, die die alte Macht geführt haben. Der Vollzugsausschuß steht heute vor Aufgaben, deren Durchführung übermächtige Anstrengungen verursacht. Ein im Sinne der Arbeiterräte eingerichteter technischer Apparat muß

nach geschaffen werden. Darum bitten wir vorläufig um Nachsicht. Der Redner führte dann die einzelnen Hauptarbeiten an, die geleistet werden müßten, vor allem der Sicherheitsdienst. Die Volksernährung ist vorläufig sichergestellt. (Beifall.) Zahlreichen Putzern müßte entgegengetreten werden. Die Aufhebung der vielen nur zeitweise verantwortlich gewesenen Komitees und Soldatenräte müßte vollzogen werden. Die Hauptarbeit für die nächste Zeit ist der Truppenrücktransport, die Demobilisierung des Heeres, die Regelung des Sanitätswesens und die Einrichtung von Kontrollen über die alten, noch arbeitenden Behörden, besonders über die Kriegsgesellschaften. Der Redner verweilte dann bei der Rechtfertigung des Vollzugsrates über die Abgabe eines Teiles der Vollzugsgewalt an die Gewerkschaften. Aber der Vollzugsrat konnte unmöglich die tiefen Einblicke in das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern haben wie die Gewerkschaften. Die Gewerkschaften sollen jetzt beweisen, daß sie in voller Selbstständigkeit ihrer großen und bedeutenden Aufgabe gerecht werden. Sollten sich die Führer dieser Aufgabe nicht gewachsen zeigen, so sollte man sie fortjagen. An den Arbeitern liege es, die Führer der Gewerkschaften auf den richtigen Weg zur schnellen Sozialisierung der Betriebe zu leiten. Wenn sich die Unternehmer nicht fügen oder versuchen sollten, durch selbstische Maßnahmen die Betriebe lahmzulegen, dann werde man sie enteignen. Wir werden von unserer Macht rücksichtslosen Gebrauch machen. Die Vollzugsgewalt der Gewerkschaften hat nun einen lebhaften Protest bei den Angestelltenverbänden ausgelöst. Überall sehen wir die Verbände Räte wählen. Aber alle, die jetzt kommen und Macht haben wollen, müssen wir fragen: Wo war ihr vor der Revolution? Habt ihr der Reaktion die Stirn geboten? Das haben nur die Arbeiter getan. Wenn wir sehen, daß auch die Angestellten die Errungenschaften der Revolution zu verteidigen wissen, dann sollen sie zu ihrem Rechte kommen. Vorläufig bieten sie die Sicherheit noch nicht. Überall bilden sich auch Räte der geistigen Arbeiter, und wir freuen uns, daß auch diese Stehfragenproletariat endlich einmal aufgewacht sind und sich zusammenschließen. Mögen sie Räte bilden, soviel sie wollen. Ebe sie aber in unsere Räte aufgenommen werden, müssen wir wissen, was sie sind und was sie wollen. Wir wollen keinen ausschließen, wir wollen alle Schichten des werktätigen Volkes mitraten und mitarbeiten lassen. Aber nur, wer arbeitet, soll auch Rechte haben, nicht jene Parasiten, die jahrelang am Mark des Volkes gezeuht haben. Jetzt haben auch die Hausbesitzer Räte gewählt. Es fehlen nur noch die Räte der Millionäre. Daraus erklärt sich auch der Schrei nach der Nationalversammlung. Man will auf diese Weise die proletarische Gewalt wieder in die Hände der bürgerlichen Parteien zurückverlegen; damit wird man aber kein Glück haben. Wir wollen keine demokratische Republik, wir wollen eine sozialistische Republik. Darum ist die Frage der Konstituante ein Programm, das in der Zukunft liegt. Das spreche ich aus im Namen eines großen Teiles meiner Kollegen im Vollzugsrat.

Eine Regierungskrise?

Berlin, 19. Nov. In gutunterrichteten politischen Kreisen in Berlin spricht man von der ersten Krise der neuen Regierung. Die durch die Revolution geschaffene staatsrechtliche Frage war die, daß der Vollzugsausschuß des A.- u. S.-Rates, freilich mit unzureichender Legitimation, die Vollsovereinität behielt. Die Exekutive sollte bei dem aus sechs Mitgliedern bestehenden Kabinett Ebert-Daase liegen. In einer Reihe von Fällen hat sich der Vollzugsausschuß aber an diese Machtverteilung nicht gehalten, sondern auch in die Exekutive eingegriffen. Gegenwärtig sind Verhandlungen im Gange, um einen Ausgleich herbeizuführen. Die Aussichten dazu werden aber für so gering angesehen, daß das Kabinett Ebert-Daase erschüttert erscheint. Man hat daher den Vorschlag gemacht, die oberste Reichsleitung nicht aus sechs Politikern, sondern aus drei Politikern und drei Vertretern des Vollzugsausschusses bestehen zu lassen. Einmal muß als sehr fraglich erscheinen, ob eine solche Vermengung von Exekutive und Kontrolle überhaupt möglich ist, mindestens würde dies den einfachsten Grundgesetzen eines demokratischen Staatslebens widersprechen. Sodann aber muß nun erst recht schärfste Bewachung dagegen eingelegt werden, daß sich der einseitig aus Vertretern des A.- u. S.-Rates zusammengesetzte Vollzugsausschuß Rechte annimmt, die seine Herrschaft über das ganze Reich neu festigen sollen. Das geht unter keinen Umständen und das deutsche Volk wird es sich unter keinen Umständen

gefallen lassen, von einer rein unter lokalen Gesichtspunkten zusammengefügten Körperschaft sich regieren zu lassen. Man kennt in Deutschland die Herrschaft des radikalen Flügels der Sozialdemokratie in Berlin zur Genüge und weiß, daß diese Zusammensetzung der Berliner Sozialdemokratie in keiner Weise sich deckt mit den politischen Anschauungen der Sozialdemokratie im Reich. Erstensweise mehrten sich die Widerstände aus dem Reich gegen diese Berliner Eigenmächtigkeit, die hauptsächlich den Bewohnern im Reich nur bekannt zu werden brauchen, um allenthalben schärfsten Einspruch zu erheben.

Die drohende Lebensmittelnot

Haag, 18. Nov. Holländisch Nieuwsbureau berichtet, daß Staatssekretär Dr. Solf an Staatssekretär Van Sina eine neue Note gerichtet hat. In dieser wird u. a. erklärt, daß es bei dem heutigen Stand des deutschen Eisenbahnmaterials und bei dem Kohlenmangel unmöglich sein wird, eine auch nur in bescheidenen Grenzen gehaltene Versorgung der Städte mit Lebensmitteln sicherzustellen. „Wir sind“, heißt es in der Note, „außerstande, auch nur für eine Woche die Versorgung garantieren zu können und müßten, da die Verhältnisse im Osten und Westen, Norden und Süden gleich liegen, damit rechnen, daß in vielen Teilen des Reiches gleichzeitig Hungerrevolten als Folge der Transportbeschwerden entstehen, deren Folgen unberechenbar wären. Endlich hat die Fortsetzung der Blockade, insbesondere in der Dniep, zur Folge, daß sowohl die für unsere Industrie nötigen Transporte aus dem Norden wie die für Skandinavien unentbehrlichen deutschen Kohlenlieferungen unmöglich gemacht werden, und veranlaßt die von den Kohlen abhängigen deutschen und skandinavischen Industrien zu Arbeitsbeschränkungen, wenn nicht gar zum Stilllegen. Auch die völlige Lahmlegung der Nord- und Ostseefischerei würde während einer Blockade fortauern. Wir haben unsere Vertreter in Spaa angewiesen, obige dringende Wünsche mit den Vertretern der alliierten Regierungen zu besprechen, hatten aber keinen Erfolg, da die Vertreter der Alliierten keine Vollmacht zu Verhandlungen zu haben schienen. Wir bitten, angesichts der dringenden Gefahr, die uns aus den erdrückenden Vorratsschwundbedingungen erwächst, uns möglichst umgehend einen Ort zu bezeichnen, an dem unsere Vertreter mit bevollmächtigten Vertretern der alliierten Regierungen zur Beratung der obigen Fragen zusammenkommen können. Da die Transportfrage zu Wasser und zu Land täglich schwieriger wird und die zurückstehenden Truppen alle Organisationsaufgaben drohen, bitten wir, keine Zeit zu verlieren, damit wir imstande sind, die bisher noch aufrecht erhaltene Ordnung auch weiter aufrecht erhalten zu können. (gez.) Solf.

Scheidemann über die Hungerblockade

Das Mitglied der Reichsleitung, Scheidemann, erklärte einem Vertreter der „Continental Times“: Der Präsident der Vereinigten Staaten hat am 11. November vor dem Kongress erklärt, daß die Verbandsmächte beabsichtigen, die Mittelmächte mit Lebensmitteln zu versehen. Das deutsche Volk anerkennt diese erste Friedensnot und hofft auf schnelle Erfüllung des Versprechens. Was wir dazu tun können, geschieht: ein Ausbruch wird sich unverzüglich zum amerikanischen Gesandten im Haag begeben, um eine Beschleunigung der von dem Präsidenten in Aussicht gestellten Unterstützung zu ermöglichen und vorläufige Sendungen in die Wege zu leiten. Aber heute, in der hoffentlich letzten Stunde eines Martyriums, das angesichts der vernichtenden Vorratsschwundbedingungen vielleicht nur durch ein neues, schlimmeres abgelöst wird, muß für immer vor aller Welt festgehalten werden: noch nie in einem Krieg grausamer und noch nie im Rahmen eines Krieges der Kampf gegen Leben und Gedeihen eines Volkes so unbarmherzig und nachhaltig geführt worden wie der Hungerkrieg gegen unsere Frauen und Kinder in der Heimat. Die Verlustziffern sind selbst im Vergleich zu den blutigen Verlusten aller Völker unheimlich. Was aber auf die Dauer an Gesundheit und Lebenskraft geschwächt wurde, ist kaum abzuschätzen. Was der Krieg und seine Folgen für unsere Zukunft bedeuten, das können Sie am besten aus den Beobachtungen erleben, die bei unseren Müttern und Säuglingen gemacht wurden. 70 v. H. aller Schwangeren und Gebärenden sind unterernährt und kommen so ausgehungert in die Klinik, daß kein Eisenrost vor ihnen sicher ist. Unterernährung und Blutarmut haben einen solchen Umfang angenommen, daß die Grippe nahezu 20 v. H. aller Schwangeren und Gebärenden hinweggerafft hat. Die Kinder können von den Müttern nicht gestillt und mit dem 1/4 Liter Milch auch nicht mit der Flasche ernährt werden, so daß wir jetzt eine Sterblichkeit von mindestens 30 v. H. bei den ehelichen Kindern und 50 v. H. bei den unehelichen Kindern haben. Heute besteht in Deutschland tatsächlich der schreckliche Zustand, daß wir für die Mütter und Neugeborenen der ärmeren Bevölkerung eine vollkommene, die schwersten Opfer fordernde Hungersnot haben. Sie sehen daraus, daß für unsere bisherigen Gegner der Krieg mit dem letzten Schuß tatsächlich vorbei war, während er für uns noch im Marke des Volkes weiter wühlt. Einen wirklichen Frieden kann für uns erst umfassende Ernährung und damit Rehabilitation der Arbeitskraft bedeuten.

Eine Erklärung des Reichstagspräsidenten

Berlin, 19. Nov. (B. V.) Reichstagspräsident Fehrenbach, der am letzten Samstag von Freiburg nach Berlin zurückgekehrt ist, hat der Reichsleitung nach einer Besprechung mit den Parteiführern und dem Mitgliede der Reichsleitung Ebert eine Erklärung zugehen lassen, daß er die Anschauung der Reichsregierung, daß nach der Beilegung des deutschen Kaiseriums und des Bun-

desrates als gesetzgebenden Körperschaft der Reichstag nicht mehr zusammentreten könne, weder in ihrem Inhalt noch in ihrer Begründung als zureichend anzuerkennen vermöge. Zwingende Rücksichten auf die gegenwärtige Lage veranlassen ihn aber, zurzeit von der Einberufung des Reichstages abzusehen. Er behalte sich diese jedoch ausdrücklich vor. Es könnten Verhältnisse eintreten, die sowohl der jetzigen als auch der künftigen Reichsleitung den Zusammentritt des Reichstages erwünscht vielleicht sogar als notwendig erscheinen ließen.

Schlechte Nachrichten aus Posen

Berlin, 19. Nov. Ueber die Lage in Posen sind bei der preussischen Regierung sehr alarmierende Nachrichten eingegangen. Das Ministerium des Innern tut alles, um zu verhindern, daß durch die Lage in Posen die Ernährungs-schwierigkeiten noch größer werden. Ein besonderer Vertreter des Ministeriums des Innern ist mit besonderen Vollmachten nach Posen gereist, um mit den Führern der Polen zu verhandeln.

Revolutionsfeier in München

München, 18. Nov. Der Funke sprang hoch auf und flog von der Basserkante in die große Stadt am Fuße der bayerischen Berge. Er entzündete ein Feuer, das über das deutsche Land hinbrannte, sodaß es geschah, wie Ferdinand Freiligrath 1848 die Toten an die Lebenden künden ließ:

Die Throne gehn in Flammen auf, die Fürsten fliehen zum Meere!

Die Adler fliehen; die Löwen fliehen; die Klauen und die Zähne! —

Und seine Zukunft bildet selbst das Volk, das souveräne.

Stehzig Jahre sind es her, als der Dichter diese prophetischen Worte sprach, und vor zehn Tagen sind sie wahr geworden. In München, wo die Revolution den eigentlichen Siegeslauf begonnen hatte, war gestern Abend die erste Feier ihres stolzen Triumphes. Auf dem Max-Josefplatz vor den beiden Bauten, die man seit mehr als hundert Jahren das Hof- und Residenztheater nannte und die jetzt den Ehrennamen Nationaltheater führen, brannte hell der Kreis der hohen Randalaber. Und der Zuschauerraum des größeren Hauses war hell erleuchtet, wie ehemals nur bei besonderen Ereignissen, am Geburtstage des Königs etwa, und wenn fremde Fürsten zu Besuch gekommen. Aber nun füllte ein anderes Publikum die weiten Ränge. Der Arbeiter, Soldaten- und Bauernrat hatte für dieses Mal von dem Hausrecht Besitz ergriffen und diejenigen zu Gast geladen, die in der Erhebung vom 7. und 8. November aus unbekanntem Dasein emporgestiegen war. Soldaten neben dem eisernen Kreuz die roten Schleifen und Bänder, und Männer und Frauen aus dem Volk im Sonntagsgewand. Ob die Sorgen und Ängste der Zeit den Seelen der Mühebeladenen die Kräfte gelassen haben werden, sich für kurze Stunden mit dem Geist der Dichtung und auf den Fittichen der Musik in das Reich der Schönheit aufzuschwingen? Aus allen Gauen Bayerns waren die Vertreter der Arbeiter, Soldaten- und Bauernräte erschienen. Auch die Minister des Volkshauses Bayern und das Präsidium des derzeitigen provisorischen Parlaments hatten sich eingefunden. Nach einem Musikstück ergriff der bayerische Ministerpräsident Kurt Eisner das Wort zu einer Festansprache, in der er zunächst der unwiderstehlichen Ereignisse der ersten Novembertage gedachte und dann ungefähr folgendes aussprach: „Wir haben heute die Zuversicht, daß es uns gelingen wird, ohne Rücksicht, ohne Hemmung und Gewalt, den Weg zur neuen Zeit zu finden. Wir sind Demokraten und Sozialisten. Wir versprechen unter Demokratie aber nicht, daß alle paar Jahre alle Bürger das Wahlrecht ausüben und dann die Welt regiert wird durch Minister und Parlament. Wir, die wir eine neue Form der Revolution gefunden haben, werden versuchen, eine neue Form der Demokratie zu entwickeln. Wir wollen die verständige Mitarbeit aller Schaffenden in Stadt und Land. Die Vergangenheit ist tot und wehe denen, die versuchen wollen, diese fluchbeladene Vergangenheit neu zu beleben. Wir sind Sozialisten, das heißt, wir wollen die Demnungen der Wirtschaftsordnung beseitigen, die die Massen, wie auch den Einzelnen brücken und zerklüften, daß jeder Mensch seine Gaben entfalten und in verbürgter Sicherheit sein Dasein, das tägliche irdische Leben, von Idealen beglückt zubringen kann. Wir rufen über unser Land hinaus zu den Völkern, die gestern noch unsere Feinde waren: Wir bekennen unsere Schuld und haben damit den Feinden den Weg zu innerer Verständigung und Versöhnung. Das war der letzte Krieg und indem wir die Schuldigen an diesem Verbrechen beseitigen und gänzlich beseitigt schieben mit einer Rücksicht, die jene nicht verdient haben, haben wir gezeigt, daß wir menschlich sind. So werden wir weiter gehen und wir bitten um Ihre Hilfe. Wir begrüßen jene, die unsere Feinde waren. Wir senden unsere Grüße zu den Völkern Frankreichs, Italiens, Englands und Amerikas und wir wollen mit ihnen gemeinsam die neue Zeit aufbauen. Alle, die reinen Herzens, klaren Geistes und festen Willens sind, sind berufen, an dem

neuen Werk mitzuarbeiten.“ Nun öffnete sich die Bühne und der Chor aus Goethes Festspiel „Eumenides Erwachen“, den der aufwühlende Ruf durchdringt: „Hinan, vorwärts, hinan! Und das Werk, es werde getan!“ wurde zur Szene von packender Gewalt. Dann sang Herr Bender mit eindringlicher Innigkeit die Arie aus Handels „Messias“ mit den ergreifenden Worten: „Das Volk, das im Dunkeln wandelt, sieht ein großes Licht!“ Und wie zu Beginn aus der Leonoren-Ouvertüre, so erklang darauf aus der „Egmont“-Arie wieder des großen Rebellen Beethovens hiareisende Stimme. Von neuem hob sich der Vorhang und Herr Steinrücks meisterhafte Vortragskraft brachte Konrad Ferdinand Meyers Dichtung „Friede auf Erden“ zu mächtiger Wirkung. Sie steigerte sich, als Chor und Orchester zur Melodie des Niederländischen Dankgebets einsetzte und die Versammlung sich erhob, um den in „Gesang der Völker“ mit einzustimmen, den Kurt Eisner, Ministerpräsident der Republik Bayern, Dichter und Revolutionär, der alten Weise angepaßt hatte. Mancher aber mochte in dem festlichen Hause sein, dem das Alltagsdasein noch nie solche Weichheit entgegenbot, und der nun wohl glauben konnte, die neue Zeit des Glückes sei wahrhaftig gekommen. Der Glaube aber ist die größte aller Gewalten.

Die Besetzung von Meß

Meß, 18. Nov. (B. V.) Im Laufe des gestrigen Nachmittags sind die ersten Vortruppen der Alliierten — Franzosen, Engländer und Amerikaner — in Meß sowie in kleineren Abteilungen hier eingetroffen.

Mainz, 19. Nov. Eine große Versteigerung österreichischer Pferde wurde in der hiesigen Dragonerkaserne durch Offiziere und Mannschaften im Auftrage des Gouvernements Mainz abgehalten. Es kamen rund 400 Tiere, meist ungarischen oder russischen Schlages zum Ausgebot. Als Sieger waren nur Landwirte zugelassen, die mit einer Bescheinigung ihrer Bürgermeisterei versehen waren. Es waren gegen 1000 Kaufliebhaber aus allen Teilen Hessens und des Rheingaus erschienen. Der Verkauf wickelte sich sehr rasch ab. Die gezahlten Preise schwankten zwischen dem Mindestpreise von 100 Mk. bis zum erzielten Höchstpreise von 900 Mk. Die Gesamtsumme dürfte sich auf nahezu 150 000 Mk. beziffern.

Coblenz, 18. Nov. Starker Schuß war am Sonntag für das Körperbefeidungsamt in Coblenz-Pöbel und für das Justizbefeidungsamt abgegeben. Panzerautos und Maschinengewehre wurden aufgeführt, die Jagungsstrahlen wurden von zahlreichen militärischen Patrouillen mit angelegtem Seitengewehr bewacht. Die Maßnahme war nötig geworden durch die beständigen Ausschreitungen am Freitag und Samstag. Tausende von Soldaten und bedauerlicherweise auch Zivilisten, die zum Teil aus der ganzen Umgebung herbeigeströmt waren, haben die Lager der Befeidungsämter gestürmt und die starken Besätze, die für das zurückkehrende Heer bestimmt waren. Schwer beladen zogen viele der Märscher zu Fuß und mit der Bahn zurück, während andere ihre Beute in der Stadt, wo sich in manchen Straßen vollständige Kleiderböden aufstauten, zu Geld machten. Das Schauspiel des Plünderens und Fortschleppens sowie der schmachvollen Verhöhnung der Sachen mußte jedem anständigen Menschen Schamröte in die Wangen treiben. In das der Dant für die wackeren Fronttruppen, das zuletzt unter Todesgefahr und schrecklichen Erlebnissen ausgehalten haben, daß man ihnen die Sachen wegnimmt, auf die sie zu allererst einen Anspruch hatten! Es ist zudem zu erwarten, daß der Zivilbevölkerung, in deren Besitz militärische Bestände entdeckt werden, aus diesem Umstand sehr unangenehme Folgen erwachsen werden. Die Maßnahme des Soldatenrates, wodurch die Eisenbahnfahrt nach Coblenz unmöglich gemacht wird, ist bereits eine sehr unangenehme, wenn auch für die Allgemeinheit nicht gerade zweckmäßige Folge. Dürft die Unordnung aber nicht auf, so wird es noch zu einschneidenden Maßnahmen kommen.

Die Vergung der Ernte

Berlin, 18. Nov. (B. V.) Noch viele hunderttausend Zentner Kartoffeln, Karotten und Rüben sind im Boden, weil ausreichende Arbeitskräfte zum Ausheben fehlen. Werden die Kartoffeln nicht bald geerntet, so verrotten sie der Frost. Das darf nicht geschehen, denn das wäre ein unerträglicher Verlust für unsere ohnehin schwer gefährdete Volksernährung. Es ergeht daher an alle Arbeiter und Bauernräte, an alle Behörden der dringenden Art, überall dort, wo Kartoffeln noch im Boden sind, bei den Truppen und unter den Arbeitslosen männlichen und weiblichen Geschlechts durch Vermittlung der örtlichen Arbeitsnachweise sofort Arbeitskräfte aufzubringen, die erforderlich sind, um die Ernte schnellstens zu vollenden. Landwirte, die noch Kartoffeln im Acker haben, sind verpflichtet, von allen geeigneten Truppteilen und Behörden die erforderlichen Arbeitskräfte gegen Zufuhrung eines angemessenen Lohnes zu stellen, so daß die Behörden geeignete Zwangsmassnahmen ergreifen um die Feldfrüchte vor dem Verderben zu bewahren.

Verantwortlicher Redakteur: R. Meier.